

Roter **Brandenburger**

„Die herrschenden Ideen einer Zeit waren stets nur die Ideen der herrschenden Klasse.“
Karl Marx

Zeitung der DKP | Landesorganisation Brandenburg

4-2020

Grundrechte im Ausnahmezustand

Das jüngst verschärfte Infektionsschutzgesetz schützt die Herrschaft der Superreichen – nicht die Gesundheit der arbeitenden Menschen.



Am 18. November beschloss der Bundestag mit den Stimmen der Regierungskoalition und der Grünen das dritte sog. Bevölkerungsschutzgesetz. Im Zentrum des Gesetzes stehen faktisch unkontrollierbare Befugnisse für die Regierungen von Bund und Ländern, soziale und demokratische Rechte einzuschränken. Die Hauptleittragenden sind wieder die arbeitenden Menschen und ihre Familien.

Seit Monaten pfeifen Pflegekräfte aus dem letzten Loch, weil Gesundheitsminister Spahn an der Aussetzung der gesetzlichen Pflegepersonaluntergrenzen festhält. Zum

zweiten Mal in diesem Jahr werden Operationen verschoben. Gleichzeitig wird in Frankfurt (Oder) bereits eine Haushaltssperre verhängt und in Eberswalde kündigt Bürgermeister Boginski (FDP) Sparmaßnahmen an. Das alles hätte vor einem Jahr noch zu Recht für große Empörung in der Öffentlichkeit gesorgt. Doch jetzt reicht den Regierenden hierzulande ein einziges Wort: Coronavirus. Und dieses Zauberwort war es auch, mit dem die Merkel-Regierung per Gesetz Grundrechte aushebelt ohne parlamentarische Kontrolle.

Unkontrollierte Grundrechtseinschränkung

Herzstück des neuen Gesetzes bildet die Neueinführung von § 28a im Infektionsschutzgesetz (IfSG). Dieser Paragraph sieht vor, dass die Regierungen von Bund und Ländern ohne parlamentarische Kontrolle per Verordnung massiv demokratische Grundrechte außer Kraft setzen können. Dazu gehören u.a. Ausgangssperren, die Schließung von Gemeinschafts-, Sport- und Freizeiteinrichtungen sowie das Verbot jeglicher Veranstaltungen und Versammlungen. Während diese Eingriffe für die Reichen in ihren Villenvierteln
→ Fortsetzung Seite 2

Wir kandidieren für **die DKP!**

Bereits am 29. August hat die DKP Brandenburg auf ihrer Landesmitgliederversammlung ihre Liste für die Bundestagswahl 2021 aufgestellt. Wir stellen in dieser Ausgabe des **Roten Brandenburger** Kandidatinnen und Kandidaten der DKP-Liste vor – und was sie bewogen hat, für die Kommunisten bei der Wahl anzutreten.



Hans-Günter Schleife

„Ich kandidiere für die DKP, weil sie konsequent den Inhalt meiner politischen Arbeit vertritt, alles zu tun für ein friedliches Miteinander der Menschen und gegen die durch den Kapitalismus verursachte Ungleichheit zwischen wenigen Besitzenden und der großen Mehrheit der Bevölkerung.“

71 Jahre | Strausberg | parteilos | Diplom-Außenwirtschaftler
DDR-Handelsattaché in Indien | Präsidiumsmitglied Ostdeutsches Kuratorium von Verbänden e.V. (OKV)



Tim Schoenmakers

„Ich kandidiere für die DKP, weil die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen ein Ende haben muss. Die Krisen dieser Welt können nur durch ein neues Kapitel im Sozialismus gelöst werden!“

19 Jahre | Borgsdorf | parteilos | Schüler

Rote Kalenderblätter**31.10.
1898**

Max Reimann – Klassenkämpfer für Demokratie und Einheit

Am 31. Oktober 1898 geboren, wurde er vom Werftarbeiter und Bergmann zum klassenbewussten führenden kommunistischen Politiker. Für seinen aktiven antifaschistischen Kampf wurde er von den Faschisten im Konzentrationslager Sachsenhausen und später im Außenlager Falkensee eingekerkert.

Seinen Kampf setzte er fort, indem er führend für die Verwirklichung des Potsdamer Abkommens, für Dekartellisierung, Entnazifizierung, Entmilitarisierung und Demokratisierung kämpfte. Nicht nur der deutschen Reaktion, auch den westlichen Besatzungsmächten wurde er zum gefährlichen politischen Gegner. In der britischen Besatzungszone wurde er dafür schon 1948 zu einer Haft von einem Jahr in einem britischen Militärgefängnis verurteilt. Trotz massiven Antikommunismus setzte Max Reimann im Parlamentarischen Rat, gemeinsam mit Heinz Renner, den Kampf fort. Er entlarvte die Politik der deutschen Reaktion und der Westmächte, die den Rat geschaffen haben, „um einen westdeutschen Staat zu schaffen und diesem (...) eine Verfassung zu geben. Somit wird Deutschland gespalten“. Gleichzeitig prophezeite er: „Wir Kommunisten aber werden die im Grundgesetz verankerten wenigen demokratischen Rechte gegen die Verfasser des Grundgesetzes verteidigen“. Bittere Erfahrungen musste Max Reimann im Verbotsprozess gegen die KPD machen. Bis zu seinem Tod 1977 war er Ehrenvorsitzender der DKP. ■

Anton Latzo

→ Fortsetzung von Seite 1

erträglich sein mögen, bedeuten sie enorme Einschränkungen für die Masse der Menschen in bescheidenen Wohn- und Lebensverhältnissen.

Die Verfasser der Gesetzesverschärfung erwecken den Eindruck, die Regierung müsse sich bei den Grundrechtseingriffen an strikte Vorgaben halten. Dazu werden willkürlich festgelegte Zahlen an Neuinfektionen pro 100.000 Einwohner in den letzten sieben Tagen angeführt. Das Problem: Diese Zahlen können unabhängig vom tatsächlichen Infektionsgeschehen durch Ausweitung der Testungen erreicht werden.

Doch selbst wenn die Tests nicht die entsprechende Zahl Neuinfektionen aufweisen, hält das Gesetz eine Hintertür offen für Grundrechtseinschränkungen: denn allein eine mögliche Überschreitung von z.B. 35 oder 50 Neuinfektionen ist laut § 28a ausreichend, um der Regierung einen Freifahrtsschein für Grundrechtseinschränkungen auszustellen.

Gesundheitsschutz durch die Regierung? Fehlanzeige!

Die Merkel-Regierung gibt vor, die Verschärfung des IfSG diene dem Schutz vor dem Coronavirus. Bezeichnend ist: Alle sog. „Schutzmaßnahmen“ in § 28a schieben den Gesundheitsschutz auf den Bürger ab, während für die Regierung keinerlei verpflichtende Maßnahmen vorgesehen sind wie z.B. die

erhöhte Taktung in öffentlichen Verkehrsmitteln oder die Aufstockung des Personals in Gesundheitsämtern, Krankenhäusern, Schulen und Kitas. Stattdessen sind Arbeiter und Angestellte gezwungen, ihre Kinder bei Kita- oder Schulschließungen unbeaufsichtigt zu Hause zu lassen. Denn in diesen Fällen gibt es keine Freistellungs- oder Entschädigungsansprüche.

Ausnahmezustand für Krisenabwägung

Das verschärfte IfSG kommt in einem Moment, in dem großen Teilen der Bevölkerung der Absturz in die Armut droht. Die Kurzarbeit wird enden und die Aussetzung der Insolvenzmeldepflicht läuft Ende des Jahres aus. Gleichzeitig wird die Regierung angesichts leerer öffentlicher Kassen eine neue Runde bei Sozialkassenschlag und Privatisierung einläuten. Nicht zuletzt wird sie ihren Kriegskurs an der Seite der NATO-Partner gegen Russland und China fortsetzen. In diesem Szenario ist § 28a des IfSG im Zusammenspiel mit EU-Verordnungen oder der sog. Schuldenbremse ein wichtiges Instrument zur Unterdrückung von (notwendigen) Protesten. Gegen diese weitere Krisenabwägung auf die arbeitenden Menschen Schutzmaßnahmen zu ergreifen – das ist Hauptaufgabe 2021. ■

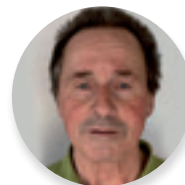
Männe Grüß



Wir kandieren für *die DKP!*

**Gisela
Vierrath**

„Ich kandidiere für die DKP, weil für sie erstens der Friedenskampf an erster Stelle steht; zweitens, weil sie sich konsequent für die Interessen der Menschen in der staatlich organisierten „Armutszone Ost“ einsetzt und drittens für eine öffentliche Daseinsfürsorge in Bürgerhand eintritt.“

69 Jahre | Cottbus | Rentnerin
Mitglied Friedenskoordination Cottbus**Klaus
Schulz**

„Ich kandidiere für die DKP, weil Sie für eine konsequente Friedenspolitik aller Völker eintritt! Frieden ist das höchste Gut der Menschheit! Das Programm beinhaltet ein solidarischen und humanistischen Leitgedanken für die Bevölkerungsmehrheit des Landes!“

72 Jahre | Doberlug-Kirchhain |
verheiratet



„Ein Viertel der Kinder hat **keine Chance**“

Der Rote Brandenburger im Interview mit Sebastian B., Lehrer einer Gesamtschule aus Brandenburg, über die Folgen der Schulschließungen in der ersten Jahreshälfte und die Zukunftsaussichten der jungen Generation.

Wie hast du die Schulschließungen in der ersten Jahreshälfte erlebt und mit welchen Problemen wurdest du konfrontiert?

Die Schulschließung erfolgte aus meiner Sicht unkoordiniert. Es blieb nur kurze Zeit, um minimale Voraussetzungen für das Lernen zu Hause für Schüler und Lehrer zu organisieren. Besonders Schüler mit Migrationshintergrund und in prekären Lebensverhältnissen hatten es schwer. Oft fuhren wir direkt zu ihnen nach Hause und übergaben persönlich Aufgaben. Videokonferenzen kamen kaum zum Einsatz, da selbst Lehrer damit überfordert waren – Grund: fehlende Qualifizierung und Weiterbildung zum Online-Unterricht.

Wie ist die Situation heute an den Schulen und was sind die größten Probleme?

Ich selbst arbeite zurzeit an der Realisierung einer Cloud (Online Lernplattform) für unsere Schule. In Potsdam gibt es schon Schulen, die von einer Schulcloud

profitieren, wie die Elite-Schule des Sports am Luftschiffhafen. Die unteren 25% der Schüler werden weiter abgehängt. Die Motivation ist sehr niedrig und die technische Ausstattung selten vorhanden, so dass das Aufholen von Unterrichtsstoff kaum vorkommt, mit Auswirkungen auf

Berufswahl und Zukunftschancen. Mangel an qualifiziertem Lehrpersonal und die Zunahme von Seiteneinsteigern tun ihr übriges zum Niveau des jetzigen Bildungssystems.

Aufgrund nicht vermittelter Unterrichtsinhalte werden die Abiturprüfungen 2021 u.a. in Berlin und M-V bereits vereinfacht. Auch bei den Abschlussprüfungen der 10. Klasse gibt es Änderungen. Was bedeutet das für die Schüler?

Ich bereite seit 2014 jedes Jahr einen Kurs der 10. Klasse für die Mathematikprüfung vor. Im Vergleich zum Unterrichtsstoff, wie er in der DDR vermittelt wurde, ist heute das Niveau vom Basiswissen sehr gering und in der Praxis kaum nutzbar. Die jetzige 10. Klasse hat die Schulschließung im Frühjahr mit erheblichen Unterrichtsausfall erlebt. Keiner meiner Schüler kann das Geld für Nachhilfe-Unterricht aufbringen. Aber auch Kinder aus der Mittelschicht kommen immer mehr unter die Räder. Abschlüsse zur qualifizierten Fachoberschulreife werden auch bei ihnen immer seltener. Ich war in der DDR ein Arbeiterkind einer kinderreichen Familie – das gleiche Klientel, das ich heute unterrichte. Die Entfernung zwischen mir damals und den Arbeiterkindern von heute ist astronomisch. ■ (sk)

Im Gedenken an die **Roten Matrosen**

Im Gedenken an die Roten Matrosen der Novemberrevolution 1918 mobilisierte die DKP Strausberg am 14. November zu einer Gedenkkundgebung, an der über 50 Menschen teilnahmen. Die Kundgebung fand statt unter dem Motto: „Für die Rechte der arbeitenden und lernenden Menschen! Ab-rüsten statt Aufrüsten! Friede mit Russland und China! Raus aus der NATO!“ Als Rednerin per Telefon zugeschaltet wurde Liane Kilinc, Vorstandsvorsitzende des Vereins „Friedensbrücke – Kriegsopferhilfe“ aus Wandlitz. Die DKP Strausberg sieht das Gedenken nicht nur als notwendiges Zeichen gegen die wachsende Kriegsgefahr, sondern auch zur Verteidigung des Versammlungsrechts, das unter dem Deckmantel des Gesundheitsschutzes bedroht ist. (Nils Borchert) ■





Die **Arbeiterpartei**

Vor unseren Augen führt eine handvoll von Superreichen, die Besitzer der Banken und Konzerne, einen Kampf gegen die übergroße Mehrheit der Lohnabhängigen und Erwerbslosen. Für diesen Klassenkampf haben diese Superreichen einen Politikbetrieb, einen Staat inklusive Polizei und Militär und nicht zuletzt Medien, die ihre Profitinteressen durchsetzen und propagieren.

Die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) bezieht in diesem Klassenkampf Position für die Lohnabhängigen und für ihre Interessen.

Kommunisten leisten Widerstand: Gegen die Ausweitung des Niedriglohnbereichs und das Hart-IV-Regime; gegen eine weitere Absenkung der Renten und die Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge; gegen Aufrüstung und für Frieden mit Russland. Wir sehen in der DDR die größte Errungenschaft der arbeitenden Bevölkerung in Deutschland und verteidigen ihr Erbe.

Uns eint in der DKP die Einsicht, dass die Interessen des arbeitenden Volkes nur dauerhaft gesichert werden können, wenn die Banken und Industriebetriebe dem Privatbesitz der Reichen entzogen und in Gemeineigentum überführt werden.

Die Reichen haben sich gut organisiert. Deshalb müssen sich die Lohnabhängigen besser organisieren: In den Betrieben – in ihren Stadtteilen und Gemeinden – in der DKP. Mach mit! ■

 **Den Roten Brandenburger**
● **per Mail beziehen oder verteilen?**

Einfach eine Mail schreiben an:
info@dkpbrandenburg.de

Impressum & Kontakt

DKP Landesorganisation Brandenburg
Carl-Reichstein-Straße 2
14770 Brandenburg
Mail: info@dkpbrandenburg.de

V.i.S.d.P.: W. Richter · c/o DKP Brandenburg · Carl-Reichstein-Straße 2 · 14770 Brandenburg

Spenden für den Bundestagswahlkampf!

Im Gegensatz zu den etablierten Parteien erhält die DKP keinerlei Wahlkampfkostenerstattung aus Steuergeldern. Aber auch unsere Wahlkämpfe, die ehrenamtlich bestritten werden, kosten Geld.

Jede Spende zählt: auch als Zeichen der Solidarität!

Kontoverbindung: DKP Brandenburg

IBAN: DE86 1705 4040 3000 3558 20

Stichwort: Bundestagswahl 2020



DKP-Kandidatur zur Bundestagswahl **jetzt unterstützen!**

- 1. Frieden mit Russland und China.**
 - 2. Kampf um jeden Arbeitsplatz.**
 - 3. Öffentliche Daseinsvorsorge in Bürgerhand.**
- Die Superreichen sollen zahlen!**

Dafür tritt die DKP zur Bundestagswahl 2021 an. Dafür müssen wir über 2.000 Unterstützungsunterschriften ab Mitte September sammeln. Und dafür brauchen wir die Hilfe aller, die mit den anhaltenden Angriffen gegen die arbeitenden Menschen und der NATO-Kriegspolitik nicht einverstanden sind.

Bei Interesse Box ausfüllen, ausschneiden und in einem ausreichend frankierten Briefumschlag schicken an: DKP Brandenburg, Carl-Reichstein-Straße 2, 14770 Brandenburg – **Oder E-Mail an:** info@dkpbrandenburg.de

Ich möchte:

- Unterschriftenlisten** für die Bundestagswahlkandidatur der DKP zugeschickt bekommen.
- Den Roten Brandenburger** zugeschickt bekommen, um ihn in meinem Umfeld zu verteilen.
- Mehr über die DKP** und ihre Kandidatur bei den Bundestagswahlen erfahren.
- Für die DKP** im Bundestagswahlkampf aktiv werden.

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

E-Mailadresse

Bitte Rückruf _____

Telefonnummer

